



Finanzgruppe

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort

Rede

des Präsidenten des

Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Georg Fahrenschon

anlässlich der Pressekonferenz zum Weltspartag 2017

am 24. Oktober 2017 in Berlin

Meine Damen und Herren,

ich darf Sie zu unserer traditionellen Pressekonferenz anlässlich des Weltspartags sehr herzlich im Sparkassenhaus in Berlin begrüßen.

Der 92. Weltspartag wird in der kommenden Woche gefeiert. Diesen Tag nehmen wir zum Anlass, Ihnen schon vorab die Ergebnisse des Vermögensbarometers zu präsentieren, das der DSGV seit über 16 Jahren erstellen lässt. Außerdem wollen wir Ihnen heute ein Status-Update zur Lage der Sparerinnen und Sparer in Deutschland geben.

Zehn Jahre nach dem Beginn der weltweiten Finanzkrise zeigt sich Deutschland insgesamt gesehen in einer ausgesprochen guten Verfassung. Die Konjunktur brummt, der Arbeitsmarkt ist in der besten Verfassung seit der Wiedervereinigung Deutschlands.

Allein diese Sicht ist aber trügerisch. Denn es besteht Handlungsbedarf, das zeigen die Ergebnisse des aktuellen Vermögensbarometers. Die drei wichtigsten Erkenntnisse in diesem Zusammenhang sind:

1. Trotz allgemein guter wirtschaftlicher Lage betreibt fast ein Viertel der Bevölkerung keinerlei Vorsorge fürs Alter. 13 Prozent geben an, sich dafür nicht in der Lage zu sehen.
2. 75 Prozent der Deutschen zeigen sich im Hinblick auf ihre Ersparnisse besorgt – und diese Besorgnis bezieht sich bei mehr als der Hälfte der Befragten auf die Niedrigzinsen und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Es ist jetzt wirklich an der Zeit, dass diese Sorge von den Notenbankern gehört und entsprechend gehandelt wird!
3. Vermögenswirksame Leistungen als vom Arbeitgeber unterstützte Spar- und Anlageform nutzen nur noch 28 Prozent. Und bei den jungen Menschen, für die diese Instrumente zum Vermögensaufbau besonders geeignet sind, sind es sogar nur 23 Prozent. Hier muss über die entsprechenden Möglichkeiten intensiver aufgeklärt werden.

Schon diese drei Ergebnisse zeigen, dass Sparen und finanzielle Vorsorge wichtig ist, das Thema aber in Teilen der Bevölkerung aus unterschiedlichen Gründen nicht die erforderliche Aufmerksamkeit erfährt.

I. Die wichtigsten Ergebnisse des Vermögensbarometers

Angesichts der bereits erwähnten guten wirtschaftlichen Lage und der erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist es wenig überraschend, dass 59 Prozent der Bundesbürger ihre eigene finanzielle Situation gegenwärtig mit sehr gut oder gut bewerten.

Das ist der höchste Wert, den wir in den letzten zehn Jahren im Vermögensbarometer ermittelt haben. Nur noch neun Prozent der Bevölkerung stufen ihre finanzielle Situation als eher schlecht oder schlecht ein. Dieser Optimismus kann allerdings nur als Momentaufnahme der aktuellen wirtschaftlichen Verfassung unseres Landes gewertet werden. Grund zur Entspannung sehe ich keinen: Denn trotz positiver Umstände sorgen viele Menschen nicht für ihr Alter vor: 23 Prozent der Deutschen betreibt überhaupt keine Altersvorsorge, 13 Prozent weil sie sich finanziell dazu gar nicht in der Lage sehen. Diese Werte sind zwar im Vergleich zum Vorjahr rückläufig, dennoch ist die Betrachtung im Detail beunruhigend.

Denn es sind auch hier vor allem Menschen mit geringem Einkommen, die zu einem alarmierend hohen Anteil die Altersvorsorge vernachlässigen: In der Gruppe mit einem Netto-Einkommen von weniger als 1.000 Euro pro Monat¹ sorgen 47 Prozent nicht für Später vor. In der nächst höheren Einkommensgruppe zwischen 1.000 und 1.500 Euro monatlich sind es 40 Prozent.

Angesichts des ausbleibenden Zins- und Zinseszins effekts müssten gerade die Menschen mit einem geringeren Einkommen ihre Sparanstrengungen sogar noch verstärken, um nicht sehenden Auges in eine Versorgungslücke im Rentenalter zu schlittern. Dabei ist die Altersvorsorge schon mit kleinen regelmäßigen Schritten möglich: Die Dekabank, der Fonds- und Investmentspezialist der Sparkassen-Finanzgruppe, bietet beispielsweise Wertpapierfonds mit einer monatlichen Sparrate von 25 Euro an. Für diese Bevölkerungsgruppe engagieren sich seit jeher vor allem die Sparkassen in Deutschland, deswegen müssen ihre Anliegen auch in den Mittelpunkt unserer Forderungen an die Politik gestellt werden.

Aber nicht nur das Einkommen, sondern auch das Alter spielt eine entscheidende Rolle: Besonders sorglos scheinen gerade die jungen Menschen beim Thema Altersvorsorge zu sein: Der Anteil der Nicht-Vorsorger ist bei den 18- bis 29-Jährigen mit 36 Prozent besonders hoch. Wer in der Ausbildung oder im Studium ist, mag andere Themen als die Vorsorge fürs Alter auf seiner Agenda haben. Dennoch gilt auch hier: je früher man anfängt, desto leichter kommt man ans Ziel!

Nach wie vor bereiten die niedrigen Zinsen den Deutschen die größte Sorge bei der Ersparnisbildung: 53 Prozent haben das bei unserer Umfrage so angegeben. Und dass mit 45 Prozent sogar fast die Hälfte der unter 30-Jährigen besorgt sind, verdeutlicht die Dramatik der Situation. Gerade weil in diesem Lebensabschnitt eher andere Themen eine große Rolle spielen, ist das ein erstaunlich hoher Wert. Diese Altersgruppe hat offenbar verstanden, dass ihnen der fehlende Zins- und Zinseszins effekts den Aufbau von Rücklagen enorm erschwert. Trotz ihres langen Anlagehorizonts werden sie die jetzigen Verluste nur schwer wieder ausgleichen können.

¹ Lt. Statistischem Bundesamt hatten im Jahr 2013 rund 4 Mio. Haushalte ein Haushaltsnettoeinkommen zw. 900 und 1.300 €, 2 Mio. Haushalte zwischen 1.300 und 1.500 €

Die Sorge der Deutschen um die niedrigen Zinsen ist absolut berechtigt: Sollte die Niedrigzinsphase bis ins Jahr 2030 anhalten, müssten unrealistisch hohe Sparquoten erzielt werden. Das zeigt eine Analyse, die Prognos parallel zum Vermögensbarometer im Auftrag des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands in diesem Jahr durchgeführt hat. Um das gleiche Vermögen wie in einem Szenario mit wieder steigenden Zinsen zu erreichen, müsste die Sparquote der privaten Haushalte auf über 17 Prozent im Jahr 2030 steigen. Eine solch hohe Sparquote wurde in Deutschland seit 1991 nicht verzeichnet². Im letzten Jahr lag sie gerade einmal bei 9,7 Prozent. Um den ausgefallenen Zinseszinsseffekt zu kompensieren, müssten die Deutschen (in diesem Zeitraum) knapp 700 Milliarden Euro zusätzlich sparen- ein ziemlich unwahrscheinlicher Wert³. Fast zwei Drittel der Befragten haben im Vermögensbarometer angegeben, dass sie eine baldige Zinswende für wichtig oder sehr wichtig halten. Je höher das Lebensalter der Befragten, desto größer ist die Zustimmung. Bei den Jüngeren sind es immerhin noch 59 Prozent, die sich dieser Forderung anschließen.

Übermorgen trifft der EZB-Rat wieder zusammen. Ich erwarte von der Europäischen Zentralbank erste klare Angaben darüber, wie ab Januar 2018 der massenhafte Ankauf von Anleihen vermindert werden soll, damit der Ausstieg aus der Politik des billigen Geldes endlich in Sicht kommt. Als Vorbild könnte die US-amerikanische Notenbank dienen: Hier haben bereits erste Leitzinsanhebungen stattgefunden, Teilbeträge auslaufender Staatsanleihen aus den QE-Portfolien der Fed werden ab diesem Monat nicht mehr komplett durch Neukäufe ausgeglichen. Wichtig ist darüber hinaus, dass diese ersten Signale nicht nur geldpolitisch, sondern auch wirtschafts- und finanzpolitisch zu einem Durchbruch führen. Und dass muss auf der Bundesebene dadurch flankiert werden, dass bei den laufenden Koalitionsverhandlungen wachstumsstärkende Vorhaben⁴ beschlossen werden.

II. Anlageverhalten

Die überwiegende Mehrheit von 67 Prozent reagiert beim Geldanlegen nicht auf die niedrigen Zinsen. Wie in den Jahren zuvor hat nur ein Drittel der Befragten ihr Sparverhalten angepasst oder plant, dies zu tun. Von denjenigen, die ihr Anlageverhalten anpassen oder anpassen wollen, will nur eine Minderheit von 15 Prozent mehr sparen. Dagegen zeigen sich 38 Prozent resigniert oder sparen weniger.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch beim Kreditverhalten: 27 Prozent der Menschen, für die eine Kreditaufnahme grundsätzlich in Frage kommt, haben ihr Kreditverhalten an die niedrigen Zinsen angepasst oder wollen dies tun. 33 Prozent von ihnen verkürzen die Laufzeit oder zahlen den Kredit mit höheren Raten schneller zurück. Es gibt aber auch eine entgegengesetzte Entwicklung: 29 Prozent der Befragten haben angegeben, ihre Kreditlaufzeit verlängert zu haben und zahlen den Kredit nun mit kleineren Raten langsamer zurück. Das birgt die Gefahr, dass bei wieder steigenden Zinsen in der Zukunft eine erhebliche

² 1991 lag die Sparquote bei 12,6 Prozent, dem höchsten Wert der zurückliegenden Jahre.

³ Dies entspräche rd. 60 Mrd. € mehr pro Jahr; Lt. Bundesbank lag die Geldvermögensbildung privater Haushalte in 2016 insgesamt bei 201,84 Mrd. €

⁴ z.B. Stärkung der kommunalen Investitionskraft, Ausbau der öffentlichen Infrastruktur

Mehrbelastung droht. Vor allem Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 1.500 und 2.000 Euro reagieren auf diese Weise.

Auch in diesem Jahr haben wir die Deutschen wieder gefragt, welche Anlageform sie gegenwärtig für geeignet halten, um ein eigenes Vermögen aufzubauen. Auf Platz eins ist die selbst genutzte Immobilie mit 54 Prozent, das sind zwar 5 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Seit 2007 ist der Zuspruch für Immobilien aber um 27 Prozentpunkte gestiegen. Der Grund für die aktuell leicht gesunkene Beliebtheit dürften vor allem die gestiegenen Immobilienpreise sein. Auch die Bereitschaft, eine Immobilie zu erwerben, ist dementsprechend gesunken. Nur noch 23 Prozent⁵ planen den Kauf eines Eigenheims. 2016 lag dieser Anteil noch bei 30 Prozent.

Einen interessanten Aspekt möchte ich Ihnen an dieser Stelle nicht vorenthalten: Eine 100-Prozent-Finanzierung⁶ kommt übrigens nur für eine Minderheit von acht Prozent der Menschen zwischen 20 und 50 Jahren in Betracht. Die von Teilen der Politik und der Bankenaufsicht zuweilen geäußerte Sorge, die privaten Haushalte könnten sich beim Immobilienkauf überschulden, entbehrt offensichtlich einer realen Grundlage.

Nach den Immobilien folgen Aktien und Investments- oder Immobilienfonds als geeignetste Anlageform im Niedrigzinsumfeld. In diesem Zusammenhang ist es besonders zu begrüßen, dass mit der MIFID 2-Regulierung das aufwändige Beratungsprotokoll im nächsten Jahr durch eine Geeignetheitserklärung ersetzt werden soll. Im Gegensatz zur gewachsenen Beliebtheit von Aktien und Fondsprodukten haben Lebens- und Rentenversicherung deutlich an Zuspruch verloren. Vor zehn Jahren hielten noch 66 Prozent der Deutschen eine Lebensversicherung als geeignet für den Vermögensaufbau - heute sind es nur noch 24 Prozent. Das ist ein Verlust um fast zwei Drittel. Ähnliches gilt für die Anlageprodukte Rentenversicherung und Sparbuch.

Die Präferenzen der Menschen haben sich zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise also deutlich verändert. Unverändert ist der Faible der Deutschen für Sicherheit in der Geldanlage. Bei der Frage nach dem wichtigsten Faktor beim Vermögensaufbau landet dieser Aspekt nach wie vor auf dem ersten Platz, die Rendite wird als nachrangig betrachtet.

III. Fokusthema: Immobilienerwerb bei jungen Familien

In diesem Jahr haben wir als Schwerpunkt das Thema Immobilienerwerb bei jungen Familien gewählt und besonders intensiv betrachtet. Rund 30 Prozent der jungen Familien planen, eine Immobilie zu erwerben. Damit liegt diese Bevölkerungsgruppe deutlich über dem Durchschnitt von 16 Prozent. Auch die Bereitschaft, sich für eine selbstgenutzte Immobilie zu verschulden, ist überdurchschnittlich: 88 Prozent der jungen Familien im Vergleich zu 75 Prozent der Gesamtbevölkerung.

⁵ im Alter zwischen 20 und 50 Jahren

⁶ Bis zu 80 Prozent des Kaufpreises würden nur 23 Prozent durch einen Kredit finanzieren

Allerdings agieren auch die jungen Familien mit Augenmaß und sind nur zu neun Prozent bereit, den Kaufpreis vollständig durch einen Kredit zu finanzieren. Das ist gerade einmal ein Prozentpunkt mehr als bei den 20- bis 50jährigen.

IV. Vermögensaufbau wieder stärker fördern- Forderungen an die Politik

Gerade weil die eigenen vier Wände in Zeiten niedrigster Zinsen für die finanzielle Absicherung im Alter sehr gut geeignet sind, wünsche ich mir von der neuen Bundesregierung, die Bildung von Wohneigentum wieder stärker zu fördern. Dies kann beispielsweise durch folgende drei Maßnahmen erfolgen, auf deren Finanzierbarkeit ich später auch noch eingehen werde:

- der Stärkung der Eigenkapitalbildung durch Verbesserung der Wohnungsbauprämie
- der Entlastung bei der Grunderwerbsteuer für Ersterwerber
- die Wiedereinführung einmaliger Abschreibungsmöglichkeiten für die Zinsaufwendungen bei der Finanzierung einer selbst genutzten Immobilie, ergänzt um eine familienpolitische Komponente

Neben dem Immobilienerwerb haben wir uns in diesem Jahr besonders mit dem Thema Vermögenswirksame Leistungen beschäftigt.

Wie Sie, meine Damen und Herren, sicherlich wissen, wird mit dem Vermögensbildungsgesetz die Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch vereinbarte Vermögenswirksame Leistungen (VL) gefördert. Hierbei zahlt der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer beispielsweise bis zu 40 Euro monatlich in einen Bausparvertrag oder Fondssparplan. Zusätzlich gibt es je nach Einkommensgrenze dann zusätzlich eine staatliche Sparförderung.

Was uns überrascht und zugleich erschreckt hat: Nur 28 Prozent der Befragten nutzen diese Möglichkeit. 32 Prozent nutzen sie nicht und für 36 Prozent ist sie gar nicht erst verfügbar. Über alle Einkommensgrenzen hinweg nimmt rund ein Drittel der Menschen VL nicht in Anspruch, obwohl sie es theoretisch könnten. Vor allem bei den Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigem Einkommen und bei den Jüngeren herrscht Nachholbedarf: Nur 23 Prozent der 18- bis 29jährigen nutzen VL. Hier ist ein deutliches Signal zur Stärkung der Sparkultur notwendig!

Ich wiederhole an dieser Stelle gerne, was ich vor wenigen Tagen auf der Tagung des Internationalen Währungsfonds in Washington formuliert habe: Die Vermögenspolitik muss wieder stärker in den Fokus des politischen Handelns in Europa gestellt werden. Die Förderung breiter Bevölkerungsgruppen beim Vermögensaufbau ist ein wichtiger Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft und stärkt den Zusammenhalt in einer offenen und freien Gesellschaft wie der unseren. Die aktuellen gesetzlichen Instrumente zur Förderung der Vermögensbildung lösen diese Ansprüche aber schon lange nicht mehr ein. Die neuen Angebote zur betrieblichen Altersvorsorge zielen zwar auf die Gruppe der Berufseinsteiger und Geringverdiener – das ist gut.

Notwendig wäre aus meiner Sicht jedoch zusätzlich die Neuauflage einer Vermögensbildungspolitik für breite Gesellschaftsschichten. Eine zeitgemäße Novellierung des Vermögensbildungsgesetzes lässt seit 1998 auf sich warten. Nur mit einer deutlichen Anhebung der Einkommensgrenzen und Anlagehöchstbeträge kann die Vermögensbildung für breite Teile der Bevölkerung wieder attraktiv werden. Damit und mit den erwähnten Verbesserungen für Häuslebauer und Immobilienkäufer könnte der neue Bundestag viel für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland tun.

Ich sage das heute vor allem an die Adresse der künftigen Koalitionäre auf der Bundesebene, ob sie nun die Farben Jamaikas tragen werden oder in einer anderen Konstellation eine neue Regierung bilden werden: Der Ausbau der VL würde die öffentlichen Haushalte nur in einem sehr begrenzten Umfang belasten.

Eine Anpassung der Einkommensgrenzen⁷ an die allgemeine Preissteigerung, eine Verdopplung der Anlagehöchstbeträge⁸ sowie eine Erhöhung der Fördersätze⁹ um fünf Prozentpunkte würden insgesamt zu Mehrkosten für die öffentlichen Haushalte in Höhe von 224,2 Millionen Euro führen. Die Gesamtausgaben würden sich also nur um 0,02 Prozent erhöhen. Dies entspräche laut einem aktuellen Gutachten des IW Köln 0,5 Prozent der Zinersparnis des Bundes von 47 Milliarden Euro durch das aktuelle Niedrigzinsumfeld im Jahr 2016.

Und mit diesem Appel möchte ich schließen: Ein deutliches Signal für die Sparkultur und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land ist bezahlbar!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit- ich freue mich jetzt auf Ihre Fragen!

⁷ von 17.900 € auf 23.270€ bzw. von 20.000€ auf 26.000 € für Alleinveranlagte je nach Anlageform

⁸ von 400€ auf 800€ bzw. 470€ auf 940€, je nach Anlageform

⁹ von 9 Prozent auf 14 Prozent bzw. 20 Prozent auf 25 Prozent je nach Anlageform